Kommunisten gefallen sei. Die Bewaffnung der Sipo reiche nicht aus. Dem müsse die preußische Regierung abhelfen. Die Waffen dürften den Kommunisten nicht wieder in die Hände gespielt werden. Die Ausnahmebestimmungen für Mitteldeutschland dürften nicht aufgehoben werden. Von der Vernunft der Kommunistenführer sei nichts zu erhoffen, vielleicht besännen sich die Massen selber darauf, daß sie verführt sind.

Die Beratung wird abgebrochen und der Gesetzentwurf über die Prüfung und Beglaubigung von Fiebertherm o metern in zweiter und dritter Lesung angenommen.

Schluß gegen ½7 Uhr. Nächste Sitzung Freitag nachmittag 2 Uhr: Anfragen und Weiterberatung.

Sächsischer Landtag.

S.J. Dresden, 21. April.

Die Landtagssitzung am Donnerstag zeigte wieder, daß das stärkste Mittel für die gegenwärtigen Regierungsparteien, sich an der Herrschaft zu erhalten, die Flucht aus dem Landtage ist. Vor Eintritt in die Tagesordnung gab Abgeordneter Dr. Seyfert (Demokrat) namens seiner Fraktion eine Erklärung ab, in der gegen die Regierung die Mißbilligung darüber ausgesprochen wird, daß sie in der Fallensteiner Anzelegenheit den Beschlüssen des Landtages nicht nachgekommen ist. Dann wurden eine Reihe von Nachtragsetat-Kapiteln erledigt. Zuletzt handelte es sich um das Kapitel Finanzministerium. Hier gab Abgeordneter Dr. Seyfert namens der Deutschnationalen, der Deutschen Volkspartei und der Demokraten folgende Erklärung ab:

„Nach den Feststellungen, die die Regierung am 7. April gegenüber der kommunistischen Partei gemacht hat, erscheint uns mit den Interessen des Landes die Tatsache unvereinbar, daß die Regierung in ihrem Bestand nach wie vor lediglich von der Unterstützung der kommunistischen Partei abhängt. Aus diesem Umstand, wie aus den Aeußerungen einzelner Minister und aus Forderungen der Regierungsparteien geht hervor, daß sich die jetzige Regierung als reine Klassenparteiregierung in schroffen Gegensatz zu dem in den nicht sozialistischen Parteien vertretenen Teile des Volkes stellt. Wir werden unsererseits diesen Gegensatz dadurch bekunden, daß wir die Gehälter der Minister ablehnen."

Nach Verlesen der Erklärung verließen die Mitglieder der sozialistischen Regierungspartei auf den Wink ihrer Fraktionsführer den Sitzungssaal, und Abgeordneter Möller (Soz.) erklärte, er sei leider beauftragt, die Beschlußfähigkeit des Hauses anzuzweifeln, weil die Erklärung wie ein Blitz aus heiterem Himmel gekommen sei. Der Präsident muß daraus die Beschlußunfähigkeit des Hauses feststellen, und die Abstimmung über das beanstandete Kapitel auf eine der nächsten Tagesordnungen verschieben.

Schluß der Sitzung ½4 Uhr. Nächste Sitzung Dienstag, den 26. April.

* * *

Ein weiterer Ruck nach links, in der sächsischen Regierung.

Anstelle des zurücktretenden Wirtschaftsministers Schwarz wird in den nächsten Tagen der mehrheitssozialdemokratische Abgeordnete Fellisch zum sächsischen Wirtschaftsminister ernannt werden. Diese Wahl beweist, daß die radikalere Chemnitzer Richtung, in der mehrheitssozialdemokratischen Partei immer mehr Uebergewicht gewinnt und daß nun auch in der Regierung selbst eine weitere Verschiebung des Schwergewichts nach links herbeigeführt wird.

Der Justizminister Dr. Harnisch wird nun doch endgültig zurücktreten. Gegen alle Versuche des Ministerpräsidenten und der sozialdemokratischen Parteileitung, Dr. Harnisch doch zum Bleiben zu bewegen, hat dieser nunmehr an die Regierung folgende Erklärung ergehen lassen:

„Um allen weiteren Erörterungen und Kombinationen über meine Person und Entschließung die Spitze abzubrechen, teile ich Ihnen mit, daß mein Entschluß, aus der Regierung auszuscheiden, ein endgültiger ist und daß ich lediglich pflicht- und verfassungsgemäß ein Amt solange weiterverwalten werde, bis sich ein Nachfolger gefunden haben wird."

Amerika lehnt die Vermittlungsbitte ab.

Berlin, 21. April. Die Reichsregierung hat durch Vermittlung des amerikanischen Geschäftsträgers in Berlin an den Präsidenten der Vereinigten Staaten folgende Note gelangen lassen:

Im Namen der deutschen Reichsregierung des deutschen Volkes beehren sich die Unterzeichneten trotz des formell noch bestehenden Kriegszustandes an den Herrn Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika den Antrag zu richten, in der Reparationsfrage die Vermittlung zu übernehmen und die Summe festzustellen, die Deutschland an die alliierten Mächte zu zahlen hat. Sie sprechen gleichzeitig die dringende Bitte aus, die Zustimmung der Alliierten zu einer solchen Vermittlung herbeizuführen. Dabei erklären sie feierlichst, daß die deutsche Regierung ohne Einschränkungen oder Vorbehalt bereit und willens ist, den alliierten Mächten diejenige Summe als Reparation zu zahlen, die der Präsident der Vereinigten Staaten nach eingehender Prüfung und Untersuchung recht und billig befinden sollte. Sie verpflichten sich hiermit ausdrücklich, seinen Schiedsspruch, wie er auch lauten möge, in allen Einzelheiten sowohl dem Buchstaben wie dem Geiste nach zu erfüllen. Tief durchdrungen von der inneren Berechtigung dieser Bitte, und in unbezweifelbarer Aufrichtigkeit unterbreitet das deutsche Volk durch seine verfassungsmäßige Regierung dem Präsidenten der Vereinigten Staaten seinen Antrag. Es hegt die zuversichtliche Hoffnung auf Gewährung seiner Bitte, auf daß nach Recht und Gerechtigkeit eine endgültige Entscheidung gefällt werde zur Erfüllung tief gefühlter Wünsche aller zivilisierten Nationen, zur Abwendung der unabsehbaren Folgen drohender Zwangsmaßnahmen und zur Herbeiführung des Friedens der Welt.

(gez.) Fehrenbach. Dr. Simons.

Glatte Abfuhr durch Harding.

Zürich, 21. April. Der Pariser „Herald" meldet aus Newyork: Präsident Harding ließ der deutschen Regierung mitteilen, daß er einen **weiteren Notenwechsel mit Deutschland für aussichtslos halte** und deshalb ersuche, von der Fortsetzung der Vermittlungsgesuche abzusehen.

Genf, 21. April. Havas meldet aus Newyork: Im Senatsausschuß teilte Hughes die ablehnende Antwort auf das deutsche Vermittlungsverfahren mit. Nach den Ausführungen des Staatssekretärs ist die Ablehnung Amerikas auf die deutschen Vorschläge eine endgültige.

Was nun?

Berlin, 22. April. Außer der Note an den Präsidenten Harding hat die deutsche Regierung der Reparationskommission einen Teil ihres Gesamtplanes zur Wiedergutmachung und einen ausgearbeiteten Plan für den Wiederaufbau überreicht.

Berlin, 22. April. Wie aus parlamentarischen Kreisen mitgeteilt wird, waren zu Donnerstag abend 10 Uhr die Parteiführer des Reichstages und des auswärtigen Amtes zu einer Besprechung mit dem Reichsaußenminister Dr. Simons über die außenpolitische Lage gebeten. In der Aussprache wurde von mehrheitssozialistischer und deutschnationaler Seite an dem Schritt der Regierung Kritik geübt. Abgeordneter Dr. Helfferich lehnte es ab, in eine Diskussion eines Schrittes einzugehen der seiner Ansicht nach der schädlichste von allen wäre, der getan werden konnte. Im Verlaufe der Besprechung stellte sich heraus, daß der **Vatikan** die ihm angesonnene Vermittelung bei Harding mit der Begründung **abgelehnt hat**, daß durch die Indiskretion deutscher Presseorgane von vornherein die Möglichkeit eines Schiedsrichterspruches ausgeschlossen sei. Die Vertreter des Zentrums gingen auf die technischen Bedingungen des neuen Regierungsschrittes ein. Es wurde schließlich vereinbart, daß der Reichstag am heutigen Freitag zunächst eine Erklärung des Reichsaußenministers entgegennehmen soll, deren Besprechung jedoch nicht im Plenum, sondern im auswärtigen Ausschuß stattfinden soll. Nach dem Verlaufe der Besprechung gewinnt man den Eindruck, daß auch die Führer der Koalitionsparteien von dem Schritt des Reichskabinetts vorher nicht unterrichtet worden sind.

Zur bevorstehenden Begegnung zwischen Lloyd George und Briand.

Haag, 22. April. Handelsblaad meldet aus Paris: Es wird vermutet, daß in Lympne über **Oberschlesien** gesprochen wird. Falls das Industriegebiet Polen zugewiesen wird, dürfte die Folge sein, daß die Alliierten von Polen verlangen, daß es den Teil der deutschen Wiedergutmachungsverpflichtungen übernehme, der auf Oberschlesien entfallen wäre. Man meint in Paris, daß es billig sei, daß Deutschland, wenn es 50 Millionen Tonnen seiner jährlichen Kohlenförderung verliert, entsprechend geringere Leistungen an die Alliierten auferlegt werden. — Wirklich gnädig!

Paris, 22. April. Journal de Geneve meldet, daß einer der wichtigsten Zwecke der Konferenz in Lympne sei, die militärische Hilfe Englands zu erreichen. Anläßlich des Widerstandes weiter Kreise in Frankreich gegen die Einberufung des Jahrganges 1919 beabsichtigt Foch, wie Petit Parisien meldet, einen großen Teil der zurückberufenen Kleinasiatischen Armee, alles vorwiegend Farbige, für die Besetzung des Ruhrgebietes zu verwenden. Nach Meldungen französischer Korrespondenten in London, gibt es eine Strömung im englischen Kabinett, die einer mittleren Lösung zuneigt und unter allen Umständen erfahren will, was Deutschland bietet.

Deutsches Reich.

Stegerwald abermals zum Ministerpräsidenten gewählt.

Berlin. Im Landtag teilte Präsident Leinert als Ergebnis der wiederholten Ministerpräsidentenwahl mit: Es sind 371 Stimmen abgegeben worden; davon sind 22 Zettel unbeschrieben, von den 349 gültigen Stimmen haben erhalten Stegerwald (Ztr.) 227, Abg. Braun (Soz.) 100, Abg. Ludwig (Unabh.) 21, Abg. Busch (Ztr.) 1. Stegerwald ist also zum Ministerpräsidenten wiedergewählt.

Englische Zeugen für die Leipziger Kriegsprozesse.

Die Preß Association berichtet: Am kommenden Dienstag beginnt im Polizeigericht in der Bowstreet das amtliche Verhör der Zeugen, die sich zu den gegen Ende Mai beginnenden Verhandlungen gegen die deutschen Kriegsverbrecher nach Leipzig begeben werden. Das Verhör ist öffentlich. Etwa fünfzig Zeugen werden nach Leipzig fahren.

Der Reichsbankpräsident gegen die Auslieferung des Goldbestandes.

In einer Unterredung wandte sich der Reichsbankpräsident Dr. Havenstein gegen die Forderung der Entente auf Auslieferung des Goldbestandes. Der Präsident erklärte u. a. Bisher habe ich noch keine offizielle Mitteilung über die neue Ententeforderung erhalten. Auch das Kabinett hat sich bis jetzt noch nicht an mich gewandt. Ich persönlich jedoch halte die Forderung nach Auslieferung unseres Goldbestandes für eine völlige Unmöglichkeit und ihre Erfüllung für völlig ausgeschlossen. Sie würde die Vernichtung unserer Valuta und unserer Wirtschaft zur Folge haben. Erneuter Sturz der Valuta und gleichzeitiges Hinaufschnellen der Preise zu unerschwinglicher Höhe würden eintreten. Die Stimmung im Kabinett ist mir zwar noch nicht bekannt, doch darf man wohl als ziemlich sicher annehmen, daß die Reichsregierung diese Forderung unbedingt ablehnen wird. Längere Kabinettsberatungen dürften sich angesichts der Unstimmigkeiten des Verlangens der Entente erübrigen. Sollte mich das Kabinett noch um meine Ansicht befragen, so würde ich mich selbstverständlich auch dort in diesem scharfen ablehnenden Sinne aussprechen. Es wird sich wohl hoffentlich und kann sich auch keine andere Regierung finden, die solchen Forderungen zuzustimmen in der Lage wäre. Die hier erörterte Forderung ist meiner Meinung nach nur eine der zahlreichen anderen, die man in den nächsten Wochen noch an uns richten dürfte. Sie ist gewissermaßen das Alpha im Alphabet und ein Beweis dafür, wie die Entente ihre Gewaltpolitik fortzusetzen versucht. Wenn jemand fragen sollte, ob wir lieber die Folgen einer Ablehnung dieses Ententeverlangens auf uns nehmen wollen, so kann man darauf nur erwidern, daß Unmögliches auszuführen eben unmöglich ist.

Eine ungültige Zwangsverordnung.

München. Der bayrische Verwaltungsgerichtshof hat die von dem vormaligen preußischen Ministerpräsidenten und Kultusminister Hoffmann erlassene Zwangsverordnung der Simultanschule für rechtsungültig erklärt, da nach dem bayrischen Staatsgrundgesetz von 1919 die höchste vollziehende Gewalt dem Gesamtministerium zusteht und nur dieses das Recht habe, Verordnungen zu erlassen. Die Simultanschulverordnung sei jedoch von einem einzigen Minister erlassen und entbehre daher der Rechtsgültigkeit.

Ausland.

Karlisten-Komplott gegen den Anschluß.

Wien. Das „Deutsche Volksblatt" nagelt fest, daß führende Persönlichkeiten der Karlistenpartei beim französischen Gesandten vorgesprochen hätten, um zu erreichen, daß im Falle einer allgemeinen Anschlußabstimmung die Besetzung Deutschösterreichs durch fremde Truppen erfolge. Nach dem Antrage dieser Karlisten, die das Christlich-soziale Volksblatt als vaterlandslose Gesellen bezeichnet, soll Wien durch tschechische, Kärnten durch südslawische und Tirol durch italienische Truppen besetzt werden. Das Volksblatt stellt fest, daß diese

Lebenssymphonie.

Originalroman von Anny v. Panhuys.

27. Nachdruck verboten.

Das gleichmütige Lächeln war längst von Christels Gesicht hinweggeweht, und in andächtiger Scheu hingen ihre Augen an der Geigerin.

Als Toni Rigaro langsam die Geige absetzte, verspürte Christel Stahl keinen Neid und keine Eifersucht mehr auf die schöne Zigeunerin. Nur eine grenzenlose Traurigkeit umhüllte sie wie ein Trauergewand, das sie trug, weil sie den liebsten Mann verloren — nun zum zweiten Male verloren.

Wie ein nichtiges wertloses Alltagsgeschöpf kam sie sich vor dieser begnadeten naturwüchsigen Künstlerin gegenüber.

Christel von Stahl schämte sich, daß gemeine Neugier sie heute hierhergeführt. Und sie erhob sich hastig und sagte zu Arnold Wolbring gewandt:

„Ich danke Ihnen, daß Sie mir diesen Genuß verschafften, niemals hörte ich ein ähnliches Spiel." Sie bot ihm Abschied nehmend die Hand, ebenso der alten Schauspielerin, dann streckte sie Toni Rigaro die Rechte entgegen.

Toni bewegte leicht den Kopf.

„Unsere Hände gehören nicht zusammen."

Leise wie ein Flüstern sprachen es die roten Lippen. Dann lachte sie plötzlich. „Ich rede Torheiten, nicht wahr? Ach, ich bin immer wirr, wenn ich gespielt habe."

Sie trat an das Fenster und blickte gleichmütig durch die zugezogenen Spitzenvorhänge.

Johanna Stieglitz geleitete Christel von Stahl hinaus. Draußen sagte sie wie entschuldigend:

„Sie ist zuweilen seltsam die junge Künstlerin, aber sie stammt von Zigeunern."

Christel von Stahl lächelte, ein bißchen müde für ihre jungen Jahre.

„Menschen mit dem Können einer Toni Rigaro dürfen seltsam sein."

XIV.

Der kleine Badeort lag in dem Glanz der Augustsonne wie ein goldenes Tuch eingehüllt. Auf der Terrasse des Hotels „Zum Ritter" saßen die Kurgäste beim Frühstück.

Zwei Damen traten eben aus dem Innern des Hotels, und die ältere davon, die voranging, spähte eifrig nach einem Platze aus. Sie steuerte auf einen abseits stehenden Tisch zu und ließ sich daran nieder.

Die schlanke junge Dame, die ihr gefolgt war, nahm neben ihr Platz.

Ueberall flogen Köpfe herum, und manch neidischer Frauenblick musterte Toni Rigaro, die hier in dem kleinen Badeort in Frau Stieglitz' Gesellschaft einige Wochen zubringen sollte.

Arnold von Wolbring hatte das gewünscht, denn er durfte sich der Erkenntnis nicht länger verschließen, daß man in der Residenz ein ganzes Gewerbe von Klatsch und Tratsch über Toni Rigaro und ihn zusammengezogen hatte. Wie peinlich ihm das war, wie unendlich peinlich! Wie ein rauhes Aufrütteln aus wirrem schönen und seltsamen Traum war diese Erkenntnis.

Er war sich bisher über seine Gefühle für Toni Rigaro noch gar nicht im geringsten klar geworden, so sehr ihn ihr roter Mund auch lockte, so sehr ihn ihr biegsamer Körper auch reizte, die schlanke feingliedrige Zigeunerin einmal weltvergessend in seine Arme zu schließen.

Er bat Johanna Stieglitz dringend, einige Wochen die Residenz zu verlassen und dachte sich, wenn die zwei Damen wiederkehren, ist's bald Herbst, dann konnte er ernstlich an ein erstes Auftreten Tonis denken. Er selbst brauchte einige Wochen Ruhe, um seine Arbeiten zu fördern.

Toni Rigaro hatte den Aufenthalt in dem kleinen Bade ganz selbstverständlich gefunden, wie sie alles selbstverständlich fand, was Arnold Wolbring anordnete.

Sie übte täglich und tat darin oft des Guten zu viel, denn Frau Stieglitz schalt, sie sei zu fleißig.

Auf solche Bemerkung antwortete Toni einmal:

„Der Herr sagt, wenn ich will, kann ich mit meiner Geige alle Menschen bezwingen, und das möchte ich, denn das muß herrlich sein."

Im Hotel war allmählich das wundervolle Spiel aufgefallen, wie die fremdartige Schönheit Tonis längst aufgefallen war, und jeden Morgen, wenn die beiden Damen zum Frühstück auf die Terrasse kamen, folgten der jüngeren neidlich oder bewundernd Blicke. Die beiden waren bereits daran gewöhnt. Neugier störte sie nicht mehr besonders.

Toni trank Kaffee und strich sich zierlich ein Brötchen. Ihre Manieren hatten sich geglättet und abgeschliffen, niemand hätte auf die Vermutung kommen können, daß die junge, vornehm gekleidete Dame mit dem stark ausgeprägten südländischen Typus noch vor nicht allzu langer Zeit in ärmlichstem Gewande mit einem Bären herumgezogen war.

Ein Herr stand an einem der Tische auf und näherte sich den Damen. Respektvoll den Hut ziehend, stellte er sich vor. „Baron Uttenhöh."

Frau Stieglitz sah den älteren Herrn mit leichter Befremdung an. Ihre Augen waren fragend.

Der Herr stand mit dem Hute in der Hand.

„Ich bin von verschiedenen Kurgästen mit einer Mission betraut. Wenn die Damen gestatten, daß ich ein paar Minuten Platz nehme, werde ich meine Bitte, denn um eine solche handelt es sich, vorbringen."

Johanna Stieglitz wies auf den leeren Stuhl neben sich, und deutete dadurch an, sie sei gewillt, zu hören.

Baron Uttenhöh setzte sich.

„Also, meine Damen, ich komme gewissermaßen als Abgesandter zu Ihnen. Um mich kurz zu fassen, wir beabsichtigen zum Besten einer hiesigen armen Familie eine Wohltätigkeitsvorstellung zu geben und möchten das gnädige Fräulein," eine Verbeugung gegen Toni gab seinen Worten etwas unendlich Respektvolles, „bitten, uns in unserem Bestreben durch ihre bewunderungswürdige Kunst zu unterstützen."

(Fortsetzung folgt.)

SLUB
Wir führen Wissen.